

Keine Mehrheit für neuen Dringlichkeitsausschuss

POLITIK Rat lehnt Forderung der Grünen nach einem zusätzlichen Gremium ab – Kontroverse Diskussion

VON DORIS GROVE-MITTWEDE

EDEWECHT – Die Grüne-Ratsfraktion ist mit einem Vorschlag gescheitert, als weiteren Fachausschuss des Gemeinderates einen Dringlichkeitsausschuss einzurichten. Nach kontroverser Diskussion lehnte die Mehrheit den Antrag ab. 23 Ratsmitglieder stimmen dagegen, sechs dafür, eines enthielt sich.

Grüne-Fraktionssprecher Uwe Heiderich-Willmer erläuterte den Antrag (siehe Infokasten). Die CDU sähe keinerlei Notwendigkeit, einen Dringlichkeitsausschuss zu befürworten, dessen Einrichtung mehr offene Fragen aufwerfe als Antworten gäbe, sagte CDU-Ratsherr Wolfgang Seeger. Für alle Bereiche gäbe es bereits öffentliche Fachausschüsse, die bei besonderen Anlässen auch unmittelbar vor dem VA tagen könnten. SPD-Ratsfrau Freia

„MEHR TRANSPARENZ UND BÜRGERNÄHE SCHAFFEN“

Die Grünen forderten einen öffentlichen Fachausschuss für dringliche Angelegenheiten. Damit wolle man für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sorgen, hieß es. Wegen Termindrucks würden immer wieder wichtige Themen im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss (VA) behandelt. Die zuständigen öffentlichen Fachausschüsse tagten vielfach nur zweimal pro Jahr.

Die Folge sei, dass weder Ratsmitglieder noch Bürger über die nicht öffentlich beratenen Themen diskutieren könnten, da nur die Bürgermeisterin über VA-Beschlüsse berichten dürfe. Bürger würden – heißt es ferner – vielfach nicht oder nur sehr spät über diese Angelegenheiten informiert. Der neue Fachausschuss könne, so die Grünen, nach Bedarf unmittelbar vor dem nichtöffentlichen Verwaltungsaus-

schuss tagen und dieselben Mitglieder haben. Lediglich der stimmberechtigte Sitz der Bürgermeisterin (und deren Vorsitz) sei zu ersetzen. Später schlugen die Grünen vor, dass die Besetzung des Dringlichkeitsausschusses nicht durch VA-Mitglieder, sondern wie andere Fachausschüsse auch entsprechend der politischen Verhältnisse im Rat erfolgen könne.

Taeger bewertete den Grüne-Antrag als „populistische Aktion“. Erst kürzlich hätten die Grünen die thematischen Zuständigkeiten von Fachausschüssen kritisiert, jetzt solle ein Dringlichkeitsausschuss für alles eingerichtet werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans Fittje ergänzte, dass die hinzugewählten Vertreter der Fachausschüsse (wie z.B. Elternvertreter im Schulausschuss) kein Mitspracherecht in einem solchen Dringlichkeitsausschuss hätten und

man wichtige Dinge ohne deren Beurteilung dann über ihren Kopf hinweg entscheide.

Bürgermeisterin Petra Lausch sagte, dass mehr als 50 Prozent der VA-Themen in öffentlichen Ratssitzungen entschieden würden. Zwei Drittel

der restlichen Themen seien nichtöffentlich, wie z.B. Personal- und Steuerangelegenheiten. So blieben nur wenige Themen, über diese informiere man im Nachhinein. Einen Dringlichkeitsausschuss lehnte Lausch auch deshalb ab, weil sie als Bürgermeisterin kein Fachausschussmitglied werden und an wichtigen Entscheidungen somit nicht teilhaben könne.

Grüne-Ratsherr Uwe Martens sagte, dass der Gesetzgeber sicherlich nicht einen Fachausschuss an das Stimmrecht einer Bürgermeisterin kopple. Seiner Fraktion sei es wichtig, so viele Themen wie möglich öffentlich zu beraten, Zeitzwänge stünden dem entgegen und deshalb sei der Dringlichkeitsausschuss sinnvoll. Eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit und den Dringlichkeitsausschuss forderte auch UWG-Ratsherr Thomas Apitzsch.